

Interview

„Da sieht man, wer mit dem Säbel rasselt“

Sicherheitsexperte Karl-Heinz Kamp über den NATO-Gipfel in Warschau und die Angst der Russen

RAVENSBURG - Am Freitag und Samstag treffen sich die Staats- und Regierungschefs der 28 NATO-Staaten zu Beratungen in Warschau. Worum es bei diesem von Moskau argwöhnisch beobachteten Gipfel gehen wird, hat der Militärexperte Karl-Heinz Kamp im Gespräch mit Christoph Plate erläutert.

In den vergangenen Wochen gab es Kritik aus Moskau an NATO-Manövern im Baltikum, auch der NATO-Gipfel in Warschau erfreut die Russen nicht. Muss die NATO sich mehr erklären?

Die NATO hat von Anfang an gesagt, dass es zwei Dimensionen des Handelns gegenüber Russland gibt: einmal die Abschreckung und Verteidigung als Reaktion auf das illegale Handeln Russlands in der Ukraine. Auf der anderen Seite gibt es immer die offene Tür für Gespräche, weil wir Russland als Partner in vielen anderen Bereichen brauchen. Diesen Punkt unterschlägt Russland häufig. So hat Moskau das Angebot eines neuen Russlands-NATO-Rates bislang abgelehnt. Dass Russland vor dem Gipfel eine Riesenpropaganda-Offensive startet, weil in Warschau Dinge beschlossen werden, die Russland nicht gefallen können, ist nachvollziehbar.

Aber auch die Kritik an den Militärmanövern läuft ins Leere, wenn man sich die reinen Größenordnungen anschaut. Russland hat in den letzten zwei Jahren sechs Großübungen mit 90 000 bis 160 000 Mann abgehalten, die größte westliche Übung vor einigen Wochen, Anakonda, hatte gerade mal eben 30 000 Mann. Man muss sich die Größenordnungen anschauen, um zu sehen, wer hier mit dem Säbel rasselt.

Russland betreibt auch hybride Kriegsführung durch Desinformationskampagnen. Wird darüber in Warschau gesprochen werden?

Die Tatsache, dass man zunehmend nicht-militärische Elemente der Informationstechnologie im Rahmen der Propaganda einbeziehen muss, ist klar. Darum wird ein Signal aus Warschau sein, dass die Zusammenarbeit zwischen der militärischen NATO und der größtenteils nicht-militärischen EU sehr genau auf diese hybriden Gefahren eingeht.

Wäre auch denkbar, dass die Osteuropäer, die nach der NATO rufen, dazu angehalten werden, sich in der Flüchtlingskrise der EU kooperativer zu verhalten?

Das ist eine politische Diskussion, weil auf beiden Seiten Solidarität gefordert wird. Wer erwartet, dass alle



24 Nationen und 30 000 Mann nahmen im Juni am Manöver Anakonda in Polen teil – im Vergleich zu russischen Militärübungen ein eher kleines Manöver. FOTO: DPA

NATO-Staaten zu Hilfe in den Osten eilen, der kann vielleicht auch verstehen, wenn Länder wie Italien, Spanien oder Frankreich sagen, sie wollen nicht mit der Flüchtlingsfrage alleingelassen werden. Diese Debatten muss man führen, man sollte sie aber nicht mischen.

Putin geht es um die Anerkennung Russlands als Großmacht. Da sind Äußerungen wie die von US-Präsident Obama über Russland als

mittlere Regionalmacht nicht hilfreich. Glauben Sie, dass im westlichen Bündnis genügend auf die russischen Befindlichkeiten eingegangen wird?

Ich glaube ja, denn das Ziel Putins, Russland als Weltmacht zu etablieren, ist ja legitim. Nicht legitim sind die Maßnahmen, die er wählt. Er ändert gewaltsam Grenzen, weil es seinem Land militärisch, politisch, wirtschaftlich an Macht mangelt, er boxt zwei, drei Klassen jenseits sei-

ner eigenen Preisklasse. Er nutzt Propaganda, Desinformation und klare Drohungen. Nukleardrohungen gegen Dänemark wie vor einigen Wochen geschehen, tragen nicht unbedingt zum friedlichen Zusammenleben in Europa bei. Was ist schlecht daran, jemanden als Regionalmacht zu bezeichnen? Es ist eine Macht, die in einer Region sehr viel Macht hat.

Es ist aber eine Regionalmacht, die über ein Gebiet herrscht, das grö-

Militärexperte



Der 59-jährige Politikwissenschaftler (Foto: BAKS) ist Präsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik, die Führungskräfte aus Bund und Ländern weiterbildet. Karl-Heinz Kamp hat zuvor für die Konrad-Adenauer-Stiftung und den Planungsstab des auswärtigen Amtes gearbeitet.

NATO-Gipfel in Polens Hauptstadt

Von Freitag an werden 28 Staats- und Regierungschefs in Warschau über die zukünftigen Aufgaben des Nordatlantischen Verteidigungsbündnisses beraten. Im Nationalstadion an der Weichsel geht es dann vor allem um den Umgang mit Russland und seiner Annexion der Krim sowie um den Krieg in Syrien. Aber auch die Herausforderungen der modernen Kriegsführung im Internet, des cyberwarfare, sowie der Umgang mit der hybriden Kriegsführung, speziell Russlands, werden Gegen-

stand der Diskussionen sein. US-Präsident Barack Obama wird zum voraussichtlich letzten Besuch in Europa während seiner Amtszeit in Polens Hauptstadt sein. Nachdem beim letzten Gipfel vor zwei Jahren in Wales die NATO lange um eine Position gegenüber Russland gerungen hatte, scheint jetzt in den grundsätzlichen Fragen Einigkeit zu herrschen zwischen so verschiedenen Staats- und Regierungschefs wie dem Türken Erdogan, dem Amerikaner Obama oder Bundeskanzlerin Merkel. (pla)

ßer ist als die USA und die sich etwa in Syrien militärisch engagiert. Ja, aber nur über ihr eigenes Gebiet, eine Macht, die kaum über Verbündete verfügt. Die USA haben Partner, die zu den wichtigsten und leistungsfähigsten Industriestaaten gehören. All die Machtinsignien, die mehr sind als die reine Zahl der Atomraketen, fehlen Russland.

Wir beobachten in ganz Westeuropa, auch in Deutschland, das Phänomen rechtspopulistischer Parteien, die gegen die NATO argumentieren und vom Anti-Amerikanismus beflügelt sind. Gerät die NATO durch das Erstarren des Rechtspopulismus unter Legitimationsdruck?

Das ist ja nicht nur ein Rechtspopulismus, sondern auch ein Linkspopulismus. In einigen Bereichen treffen sich die Positionen von Herrn Gauland von der AfD und Frau Wagenknecht von der Linken in ganz erstaunlicher Weise. Es ist weniger eine Ablehnung des Amerikanischen als eine Ablehnung des Westlichen. Westliche Werte, wie Toleranz, die Dinge, die unseren western way of life ausmachen, werden abgelehnt. Da trifft sich die extreme Linke mit der extremen Rechten und den Positionen Russlands. Wir sehen das mit großer Sorge, weil es auch um die Ablehnung einer Weltordnung und des Völkerrechts geht.

Sie sprechen von der Einigkeit unter den 28 NATO-Mitgliedern. Nun nähern sich die Türkei und Russland wieder an, ist das das Ende der Einigkeit?

Nein, die Tatsache, dass man einig ist gegenüber von Russland verübttem Unrecht, ist die eine Sache. Dass man Gesprächskanäle versucht zu nutzen, sei es als Bündnis oder individuell, ist legitim. Schutz vor Russland und der Dialog mit dem Land sind keine Gegensätze, sondern zwei Seiten der gleichen Medaille. Dass Nationen neben der Position in der NATO auch noch nationale Politik betreiben, ist legitim, solange die nationale Position jenen des Bündnisses nicht schadet.

Welches werden die Botschaften des Gipfels in Warschau sein?

Eine geschlossene und handlungsfähige atlantische Allianz, die sich nicht in Ost und Süd spalten lässt. Die militärisch wie politisch ihrem Auftrag der Landes- und der Bündnisverteidigung nachkommt. Dass es immer Kritik geben wird in der Nato, die Balten sagen werden, es ist zu wenig oder die Italiener erklären, das sei zu teuer, gehört eben dazu.

Blair entschuldigt sich für Irak-Krieg

LONDON (dpa/AFP) - Der britische Ex-Premier Tony Blair hat sein Land einer Untersuchung zufolge vor 13 Jahren voreilig in den Irak-Krieg geführt. Er habe falsche Geheimdienstberichte, nach denen der Irak über Massenvernichtungswaffen verfügte, nicht hinterfragt, heißt es in einem am Mittwoch veröffentlichten Bericht der Chilcot-Kommission. Möglichkeiten einer friedlichen Lösung seien nicht ausgeschöpft worden. Die Briten waren 2003 an der Seite der USA in den Krieg gezogen.

Für den Sturz des irakischen Machthabers Saddam Hussein hatte Blair den USA bereits acht Monate vor der Invasion unbedingte Unterstützung zugesagt: „Ich stehe an deiner Seite, was auch immer geschehen mag“, schrieb er 2002 an den damaligen US-Präsidenten George W. Bush. Der scheidende Premierminister David Cameron, der 2003 im Unterhaus für den Einsatz im Irak gestimmt hatte, sagte, es müssten Lehren aus den Fehlern gezogen werden. Soldaten dürften nur als „letztes Mittel“ und nach ausführlicher Beratung in den Krieg geschickt werden.

Blair entschuldigte sich für die Folgen des Einsatzes: „Ich drücke mehr Kummer, Bedauern und Entschuldigung aus, als Sie jemals wissen mögen oder glauben können.“ Zugleich bekräftigte der Labour-Politiker, dass er die Entscheidung mit einem reinen Gewissen gefällt habe.

Kurz berichtet

USA zögern Truppenabzug aus Afghanistan hinaus

WASHINGTON (AFP) - Die USA zögern ihren Truppenabzug aus Afghanistan hinaus. US-Präsident Barack Obama (Foto: dpa) gab am Mittwoch in Washington eine entsprechende Änderung der Abzugspläne mit der Begründung bekannt, dass die Taliban-Milizen „weiterhin eine Bedrohung“ und die afghanischen Truppen noch nicht stark genug seien. Der revidierte Plan sieht vor, dass 8400 Soldaten bis zum Ende von Obamas Amtszeit im Januar 2017 in Afghanistan bleiben. Nach dem bisherigen Plan sollte die Truppenpräsenz bis Ende 2016 auf 5500 Soldaten zurückgefahren werden. Durch die Änderung könne sein Amtsnachfolger flexibel auf die Entwicklung der terroristischen Bedrohung reagieren, sagte Obama.



Dänischer Einbürgerungstest wird nicht wiederholt

KOPENHAGEN (dpa) - Der wegen seiner speziellen Fragen umstrittene dänische Einbürgerungstest wird nicht wiederholt. Obwohl mehr als zwei Drittel der Teilnehmer bei dem Test im Juni durchgefallen waren, bleibt Integrationsministerin Inger Støjberg hart, wie die Zeitung „Politiken“ berichtete. Die Prüfung zu bestehen ist eine Voraussetzung, um die dänische Staatsbürgerschaft zu erlangen. In dem Test sollten die Anwärter unter anderem die Frage beantworten, in welchem Jahr der erste Olsenbanden-Film Premiere hatte: 1968, 1970 oder 1971? Nachdem selbst einer der Hauptdarsteller der berühmten Ganovenreihe das nicht beantworten konnte, war der Test in die Kritik geraten.

Weiße Polizisten erschießen Schwarzen in Louisiana

BATON ROUGE (dpa) - Zwei weiße US-Polizisten haben einen am Boden liegenden Schwarzen in Baton Rouge (Bundesstaat Louisiana) aus nächster Nähe erschossen. Ein Video einer Handy-Kamera, das sich in den sozialen Netzwerken verbreitete, zeigt, wie die Polizisten den Mann in einem roten T-Shirt zu Boden zwingen. In dem Ort kam es zu Protesten Hunderte Menschen. Die Polizei war von einem Anrufer alarmiert worden, der sagte, er werde von einem CD-Verkäufer mit einer Waffe bedroht. Beamte stellten den 37-jährigen Alton Sterling auf dem Parkplatz eines Lebensmittelgeschäfts. Es war nicht klar, ob Sterling bewaffnet war.

Gabriel fordert bei Rüstungsexporten „differenzierten Blick“

In der Kritik steht besonders die Zusage zur Auslieferung des ersten von 48 Patrouillenbooten an Saudi-Arabien

BERLIN (AFP/dpa) - In der Diskussion über die milliardenschweren deutschen Rüstungsexporte hat Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) einen „differenzierten Blick auf Zahlen und Güter“ gefordert. Anlass ist der am Mittwoch veröffentlichte Rüstungsexportbericht für das Jahr 2015. Demnach verdoppelte sich der Wert genehmigter Ausfuhren im Vergleich zum Vorjahr nahezu auf 7,86 Milliarden Euro. Die Opposition kritisiert Gabriel deswegen scharf.

Die im vergangenen Jahr erreichte Exportsumme ist die höchste seit Beginn dieses Jahrhunderts. Befeuert wird die bereits seit Bekanntwerden der Zahlen am Wochenende anhaltende Kritik an Gabriel durch die Bilanz für das erste Halbjahr 2016: Seit Jahresbeginn erteilte die Bundesregierung erneut Genehmigungen im Wert von mehr als vier Milliarden Euro. Dabei hatte Gabriel eigentlich angekündigt, die Exporte deutscher Rüstungsgüter verringern zu wollen. „Kein Wirtschaftsminister hat je zuvor so freigiebig die Ausfuhr von deutschem Kriegsgerät genehmigt“, warf der Linken-Politiker Jan van Aken jedoch Gabriel vor.

„Bei Rüstungsexporten lohnt sich ein differenzierter Blick, da die bloßen Zahlen schwanken und wenig

darüber aussagen, ob und wie problematisch eine Genehmigung ist“, erklärte Gabriel. „Insgesamt liegt der Genehmigungswert in 2015 auf normalem Niveau, wobei der Export von Maschinengewehren und anderen Kleinwaffen auf den niedrigsten Wert seit 15 Jahren gesunken ist.“

Angesichts des hohen Ausfuhrvolumens verweist Gabriel zum einen auf Sondereffekte wie die Genehmigung von vier Tankflugzeugen an Großbritannien im Wert von 1,1 Milliarden Euro. Zum anderen finden sich demnach in den Bilanzen immer noch Rüstungsgeschäfte, für die bereits die schwarz-gelbe Bundesregierung die Lieferzusagen gab.



Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD). FOTO: DPA

Die Opposition kritisiert nicht nur die Höhe der Waffenexporte, sondern auch Genehmigungen für umstrittene Lieferungen in Konfliktregionen. Für Unmut sorgte am Mittwoch etwa ein Bericht von „Spiegel Online“, wonach die Bundesregierung kürzlich die Lieferung eines ersten von insgesamt 48 militärischen Patrouillenbooten für das in den Jemen-Konflikt verwickelte Saudi-Arabien bewilligte - in einer Sitzung des geheim tagenden Bundessicherheitsrates. Ihm gehören neben Merkel, Gabriel, Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD), Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) noch weitere Minister an. Sozialdemokrat Steinmeier war wie Merkel dafür. Es hieß, Gabriel aber sei womöglich überstimmt worden. Er hält maritime Exporte zur Grenzsicherung zwar grundsätzlich für vertretbar („Alles, was schwimmt, geht“) - bei Saudi-Arabien regelmäßig aufs Dach. Die Grünen-Expertin für Sicherheits- und Rüstungspolitik, Agnieszka Brugger aus Ravensburg, sagte, die Genehmigung des Patrouillenbootes für Saudi-Arabien sei eine Fehlentscheidung. „Patrouillenboote sind keine harmlosen Bötchen, die niemandem schaden, sondern Kriegswaffen.“

Kommentar

Von Klaus Nachbaur

Zweierlei Maß

Die Frage, ob allein schon die Herstellung von Waffen und der Handel mit ihnen moralisch verwerflich ist, muss offenbleiben. Sicher ist aber, dass es einen Unterschied macht, ob Atomwaffen verkauft werden oder Gewehre. Und als sicher darf auch angenommen werden, dass der Verkauf an einen NATO-Partner anders zu bewerten ist als die Waffenlieferung in Krisenregionen - oder an totalitäre Regime.

Langer Vorrede kurzer Sinn: Deutsche Panzer für Katar und Patrouillenboote für Saudi-Arabien fallen in die Kategorie anrüchiges Geschäft. So sehen es auch in selbster Einigkeit Grüne und Linke sowie die beiden großen Kirchen. Das saudische Regime unterstützt seit Jahren den globalen islamistischen Extremismus und Terror, das katarische ist nicht viel besser.



Beide Länder sind Akteure im Kriegsgebiet Nahost und Nordafrika, die Saudis rüsten gegen den Erzfeind Iran. Es war eine sehr schlechte Entscheidung, Waffenexporte in diese Länder zu genehmigen.

Der Bundeswirtschaftsminister duckt sich quasi weg. Sigmar Gabriel schiebt die Verantwortung auf die schwarz-gelbe Vorgängerregierung. Sehr überzeugend wirkt das nicht. Es ist schwer zu vermitteln, dass der Kriegstreiber Putin für seinen Bruch des Völkerrechts zu Recht mit Sanktionen bestraft wird, andererseits aber Regime, die nicht einmal Mindeststandards an Menschenrechten einhalten, mit Waffen beliefert werden. Es geht jeweils um Geschäfte, aber gemessen wird mit zweierlei Maß.

✉ k.nachbaur@schwaebische.de